

# Amtsblatt des Landkreises Bamberg

Nr. 11 / 2021 vom 9. April 2021

Herausgeber: Landratsamt Bamberg  
Ludwigstraße 23  
Postfach, 96045 Bamberg

Telefon: 0951 85-0  
Telefax: 0951 85-125

E-Mail: [poststelle@lra-ba.bayern.de](mailto:poststelle@lra-ba.bayern.de)  
Internet: [www.landkreis-bamberg.de](http://www.landkreis-bamberg.de)

## Inhaltsverzeichnis

Corona-Pandemie: Überschreitung der 7-Tage-Inzidenz von 50 Infektionen;  
Bekanntmachung des Landratsamts Bamberg vom 9. April 2021  
Seite 44

Vollzug des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) und der Zwölften Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (12. BayIfSMV);  
Weitergehende Festlegungen zum Betrieb von Schulen und Tagesbetreuungsangeboten für Kinder, Jugendliche und junge Volljährige gemäß § 18 und § 19 der 12. BayIfSMV  
Seite 45 - 47

## Corona-Pandemie: Überschreiten der 7-Tage-Inzidenz von 50 Neuinfektionen Bekanntmachung des Landratsamts Bamberg vom 9. April 2021

Auf Grund von § 18 Absatz 1 Satz 4 der Zwölften Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (12. BayIfSMV) vom 5. März 2021 (BayMBl. Nr. 171, BayRS 2126-1-16-G), geändert durch die Verordnung vom 25. März 2021 (BayMBl. Nr. 224) macht das Landratsamt bekannt:

1. Im Landkreis Bamberg hat die nach § 28 Abs. 3 Satz 12 IfSG bestimmte Zahlen an Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 je 100 000 Einwohner innerhalb von sieben Tagen (7-Tages-Inzidenz) am Freitag, den 9. April 2021, den Wert von 50 überschritten.  
  
Für die Schulen gemäß § 18 der 12. BayIfSMV und die Tagesbetreuungsangebote gemäß § 19 der 12. BayIfSMV gilt die **Allgemeinverfügung** des Landratsamtes Bamberg vom 19. April 2021 „Weitergehende Festlegung zum Betrieb von Schulen und Tagesbetreuungsangeboten für Kinder, Jugendlichen und junge Volljährige gem. § 18 und § 19 der 12. BayIfSMV“. Sie ordnet die Regelungen der 12. BayIfSMV an, die an die Voraussetzung geknüpft sind, dass **die 7-Tages-Inzidenz von 100 überschritten** wird.
2. Die Bekanntmachung tritt am 10. April 2021, 0.00 Uhr, in Kraft und mit Ablauf des 18. April 2021 außer Kraft.

Bamberg, 9. April 2021

Landratsamt Bamberg

**Vollzug des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) und der Zwölften Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (12. BayIfSMV);  
Weitergehende Festlegungen zum Betrieb von Schulen und Tagesbetreuungsangeboten für Kinder, Jugendliche und junge Volljährige gemäß § 18 und § 19 der 12. BayIfSMV**

Das Landratsamt Bamberg erlässt auf Grundlage des § 28 Abs. 1, § 28a des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) in Verbindung mit § 65 Satz 1 der Zuständigkeitsverordnung (ZustV) sowie in Verbindung mit § 28 Abs. 1 Satz 2 der 12. Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung vom 5. März 2021 (12. BayIfSMV), zuletzt geändert durch Verordnung vom 25. März 2021, und des Art. 35 Satz 2 Bayerisches Verwaltungsverfahrensgesetz (BayVwVfG) folgende

**Allgemeinverfügung:**

1. In der Jahrgangsstufe 4 der Grundschulstufe, der Jahrgangsstufe 11 der Gymnasien und der Fachoberschulen sowie in Abschlussklassen findet Präsenzunterricht, soweit dabei der Mindestabstand von 1,5 m durchgehend und zuverlässig eingehalten werden kann, oder Wechselunterricht statt.

An allen übrigen Schularten und Jahrgangsstufen findet Distanzunterricht statt.

2. Gemäß § 18 Abs. 4 der 12. BayIfSMV dürfen am Präsenzunterricht und an Präsenzphasen des Wechselunterrichts nach Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 der 12. BayIfSMV nur Schülerinnen und Schüler teilnehmen, die zu Beginn des Schultages über ein schriftliches oder elektronisches negatives Ergebnis eines PCR- oder POC-Antigentests in Bezug auf eine Infektion mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 verfügen und auf Anforderung der Lehrkraft vorweisen oder in der Schule unter Aufsicht einen Selbsttest mit negativem Ergebnis vorgenommen haben. Die dem Testergebnis zu Grunde liegende Testung oder der in der Schule vorgenommene Selbsttest dürfen höchstens 48 Stunden vor dem Beginn des jeweiligen Schultags vorgenommen worden sein. Soweit Tests in der Schule vorgenommen werden, verarbeitet die Schule das Testergebnis ausschließlich für den schulischen Zweck der Aufrechterhaltung des Präsenzunterrichts; eine Übermittlung an Dritte findet nicht statt. Das Testergebnis wird höchstens 14 Tage aufbewahrt.
3. Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflegestelle und organisierte Spielgruppen sind geschlossen. Es gelten die Regelungen zur Notbetreuung, welche vom Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales im Benehmen mit dem Staatsministerium für Gesundheit und Pflege durch Bekanntmachung erlassen wurden.
4. Die Anordnung ist gemäß § 28 Absatz 3 in Verbindung mit § 16 Absatz 1 Satz 8 IfSG sofort vollziehbar.
5. Die Verfügung tritt am Samstag, 10. April 2021, 0:00 Uhr in Kraft und gilt bis zum Ablauf des 18. April 2021.

Hinweise:

Die Allgemeinverfügung und ihre Begründung können während der allgemeinen Dienstzeiten im Landratsamt Bamberg, Ludwigstraße 23, 96052 Bamberg, Zimmer H134, sowie auf der Internetseite des Landratsamts ([www.landkreis-bamberg.de](http://www.landkreis-bamberg.de)) eingesehen werden.

Weitergehende Regelungen anderer einschlägiger Vorschriften werden von dieser Allgemeinverfügung nicht berührt und sind zu beachten. Hierzu zählen insbesondere die Vorschriften der Einreise-Quarantäne-Verordnung (EQV) und der 12. BayIfSMV des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege, in den jeweils gültigen Fassungen.

**Gründe:**

**I.**

Laut § 18 Abs. 1 Satz 4 und § 19 Abs. 1 Satz 3 der 12. BayIfSMV hat die zuständige Kreisverwaltungsbehörde jeweils an den Freitagen eine Inzidenzeinstufung vorzunehmen und amtlich bekanntzugeben. Die für den jeweiligen Inzidenzbereich maßgeblichen Regelungen gelten dann für die Dauer der darauffolgenden Kalenderwoche

von Montag bis zum Ablauf des darauffolgenden Sonntags. Am Freitag, 9. April 2021, lag die 7-Tage-Inzidenz für den Landkreis bei 95,1 mit voraussichtlich steigender Tendenz. Bedingt durch die Schließung der Labore am Osterwochenende wurden weniger Testungen durchgeführt bzw. ausgewertet. Daher ging die 7-Tage-Inzidenz von 90,4 Neuinfektionen pro 100 Einwohner am 1. April zunächst auf 67,3 Neuinfektionen am 7. April zurück. Am 8. und 9. April erfolgte ein steiler Anstieg auf 84,9 beziehungsweise 95,1.

Alle Landkreise und kreisfreien Städten in Oberfranken, mit Ausnahme der Stadt Bamberg und des Landkreis Bamberg haben 7-Tage-Inzidenzen über 100 teilweise deutlich über 200.

Die Anzahl der deutlich ansteckenderen Virusmutationen (VoC) liegt im Landkreis Bamberg bei circa 61 Prozent. Dass der Landkreis in der 13. und 14. Kalenderwoche die 7-Tage-Inzidenz von 100 nicht überschritten hat, liegt aller Wahrscheinlichkeit auch daran, dass infolge der Osterferien die Schulen geschlossen waren.

Das aktuelle Infektionsgeschehen lässt sich nicht auf ein lokal begrenzbares Ausbruchsgeschehen zurückzuführen. Aufgrund der aktuellen Entwicklung mit täglich steigenden Werten ist nach derzeitiger Einschätzung der Infektionslage mit hoher Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, dass ein Inzidenzwert von über 100 für den Landkreis Bamberg spätestens am Montag, 12. April 2021 erreicht bzw. überschritten wird. Ein in der 15. Kalenderwoche dennoch stattfindender Präsenzunterricht an den Grundschulen und an den übrigen Schulen Präsenz- oder Wechselunterricht und eine Öffnung der Kinderbetreuungsangebote, wie bei einer 7-Tage-Inzidenz zwischen 50 und 100 am 9. April 2021 nach § 18 und § 19 der 12. BayIfSMV regelhaft vorgesehen, würde das Infektionsgeschehen aller Wahrscheinlichkeit anheizen.

## II.

Der Landkreis Bamberg ist für den Erlass der Allgemeinverfügung sachlich und örtlich zuständig (§ 28 Abs. 1 Satz 1, § 28a Abs. 1 IfSG in Verbindung mit der 12. BayIfSMV sowie § 65 Satz 1 der Zuständigkeitsverordnung und Art. 3 Abs. 1 BayVwVfG).

Rechtsgrundlage für die Festlegungen der Allgemeinverfügung ist § 28 Abs. 1 Satz 2 der 12. BayIfSMV. Die Maßnahmen dienen dazu, Kontakte zu vermeiden und so der sich abzeichnenden Infektionsdynamik entgegenzuwirken. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es erforderlich, abweichend von § 18 Abs. 1 Satz 3 und 4 sowie § 19 Abs. 1 Satz 1 und 3 der 12. BayIfSMV nicht die für eine Inzidenz zwischen 50 und 100 geltenden Bestimmungen, sondern die Regelungen anzuwenden, die für eine Inzidenz von über 100 gelten. Mildere Mittel stehen nicht zur Verfügung. Zu berücksichtigen ist auch die Notwendigkeit eines planbareren Schulalltags. Diesem würde eine Allgemeinverfügung mitten in der 15. Kalenderwoche, die bei weiterhin stark ansteigenden Inzidenzwerten aus Gründen des Infektionsschutzes erforderlich werden würde, widersprechen. Weiterhin ist ein einheitliches Vorgehen in der Region Bamberg aus Gründen der Transparenz und Akzeptanz sinnvoll. Die Stadt Bamberg veröffentlicht eine Verfügung gleichen Inhalts.

Die Festlegungen der Allgemeinverfügung sind gemäß § 28 Abs. 3 IfSG i. V. m. § 16 Abs. 8 IfSG kraft Gesetzes sofort vollziehbar.

Nach Art. 41 Abs. 4 Satz 3 BayVwVfG gilt bei der öffentlichen Bekanntgabe eines schriftlichen Verwaltungsaktes dieser zwei Wochen nach der ortsüblichen Bekanntmachung als bekannt gegeben. Um ein weiteres Ansteigen der Infektionszahlen zeitnah zu verhindern, wurde von der Möglichkeit des Art. 41 Abs. 4 Satz 4 BayVwVfG Gebrauch gemacht und ein früheres Bekanntgabedatum gewählt.

### **Rechtsbehelfsbelehrung:**

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage erhoben werden bei dem Bayerischen Verwaltungsgericht, Friedrichstraße 16, 95444 Bayreuth, Postfachanschrift: Postfach 11 03 21, 95422 Bayreuth, schriftlich, zur Niederschrift oder elektronisch in einer für den Schriftformersatz zugelassenen Form.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

Die Einlegung eines Rechtsbehelfs per einfache E-Mail ist nicht zugelassen und entfaltet keine rechtlichen Wirkungen! Nähere Informationen zur elektronischen Einlegung von Rechtsbehelfen entnehmen Sie bitte der Internetpräsenz der Bayerischen Verwaltungsgerichtsbarkeit ([www.vgh.bayern.de](http://www.vgh.bayern.de)).

Kraft Bundesrecht wird in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten infolge der Klageerhebung eine Verfahrensgebühr fällig.

Rechtsbehelfe gegen diesen Bescheid haben nach § 80 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) i. V. m. § 28 Abs. 3 IfSG und 16 Abs. 8 IfSG keine aufschiebende Wirkung; das bedeutet, dass der Bescheid auch dann befolgt werden muss, wenn er mit einer Klage angegriffen wird. Nach Einlegung der Klage kann beim Landratsamt Bamberg die Aussetzung der Vollziehung oder bei vorgenanntem Verwaltungsgericht die Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung der Klage beantragt werden (§ 80 Abs. 4 Satz 1, Abs. 5 VwGO).

Bamberg, 9. April 2021

Landratsamt Bamberg

Landratsamt  
Johann Kalb  
Landrat